

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 88 946 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB zum geplanten Besuch des türkischen Menschenrechtsausschusses in der Bundesrepublik: Türkischer Menschenrechtsausschuß willkommen.

Seite 1

Norbert Zeller MdL zur Notwendigkeit einer Erziehung gegen Gewalt: "Pädagogik der guten Absichten" reicht nicht aus.

Seite 2

Marion Caspers Merk MdB und Michael Müller MdB zu den Entscheidungen der UN-Ozonkonferenz in Kopenhagen: Zerstörung der Ozonschicht nicht gebannt.

Seite 3

Volker Neumann MdB zum Auftrag des Untersuchungsausschuß "Kommerzielle Koordinierung": Koko-Kontakte zu Waffenhändlern aufhellen.

Seite 4

47. Jahrgang / 228

26. November 1992

Türkischer Menschenrechtsausschuß willkommen Zum geplanten Besuch des türkischen Menschenrechtsausschusses in der Bundesrepublik

Von Karsten D. Voigt MdB
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß der zuständige türkische Menschenrechtsausschuß genauso empört und alarmiert über die Morde an Türken in Deutschland ist wie alle deutschen Politiker.

Es war immer die Haltung der SPD-Fraktion, daß Menschenrechtsverletzungen, wo immer sie auch geschehen, nicht nur als innere Angelegenheit eines Staates angesehen werden können.

Noch im Sommer sprach eine SPD-Delegation mit dem türkischen Menschenrechtsminister über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und auch Hans-Ulrich Klose traf den Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins.

Ebenso wie sich deutsche Politiker bei Türkeireisen auch um Menschenrechtsverletzungen kümmern, ist es nur normal, daß nun auch türkische Politiker bei uns um Aufklärung bemüht sind, noch dazu, da es sich um türkische Bürger handelt.

Wir begrüßen daher die türkische Delegation und bieten ihr unsere Unterstützung zu einer sachlichen Zusammenarbeit an.

(-/26. November 1992/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendeter Einheits-
druck- und Kopierpapier
Recycling-Papier



"Pädagogik der guten Absichten" reicht nicht aus
Zur Notwendigkeit einer Erziehung gegen Gewalt

Von Norbert Zeller MdL
Schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Die Schule soll mehr als bisher einen entscheidenden Beitrag zur Erziehung gegen Gewalt in unserer Gesellschaft leisten. Mit diesem Ziel habe ich eine parlamentarische Initiative zum Thema Erziehung gegen Gewalt eingebracht.

Die Schule braucht eine stärkere pädagogische Orientierung zu einer Erziehung gegen Gewalt. Sehr viel mehr als bisher wird die Schule Räume und Möglichkeiten außerhalb der unmittelbaren Lernhalte eröffnen müssen. Kinder und Jugendliche sollen in der Schule leistungsunabhängige Erfahrungen machen und ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln können. Die Schule muß einen Raum eröffnen, der nicht durch Konkurrenz geprägt und durch Versagensängste belastet ist. Das bedeutet keineswegs, daß die Leistungsorientierung der Schule verringert wird, im Gegenteil wird dadurch das Leistungsvermögen der Kinder und Jugendlichen gestärkt. Die Schulen dürfen nicht nur als Lehrmaschinen verstanden werden.

Ich weise auf eine neue Studie des hessischen Instituts für Bildungsplanung und Schulentwicklung in Wiesbaden hin, die folgende konkreten Schritte für eine stärker erzieherische Orientierung der Schule skizziert hat:

- Leistungsschwächere Schüler sollen auch in Bereichen gefördert werden, die im Unterricht nicht oder kaum zur Geltung kommen können.
- Schule soll zu einem Ort werden, an dem sich die Schülerinnen und Schüler heimisch und angenommen fühlen.
- Schule muß Raum bieten, sich auszuprobieren, in Rollen zu schlüpfen und Identität dadurch zu finden, daß Situationen und Probleme spielerisch bewältigt werden.
- Schule lebt entscheidend von der Glaubwürdigkeit der Lehrerinnen und Lehrer die ein zum Zuhören fähiger Ansprechpartner sein müssen.
- Schule muß Widerspruch, Streit und Auseinandersetzung zulassen und darf Konflikte nicht zudeckeln. Daß erst durch den Pluralismus der Meinungen und Positionen die eigenen ihren besonderen Wert bekommen ist eine wichtige Erfahrung für Kinder und Jugendliche.

Ein Unterricht allerdings, der nur an Toleranz und Mitmenschlichkeit etwa gegenüber ausländischen Mitbürgern appelliert und nur verbal von den Schülerinnen und Schülern die Achtung dieser Werte einfordert, wird an vielen Jugendlichen vorbeigehen.

Eine "Pädagogik der guten Absichten" reicht nicht aus. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen die notwendige Hilfestellung durch zusätzliche Weiterbildungsmaßnahmen und durch die Ausarbeitung geeigneter pädagogischer Materialien erhalten. Als Beispiel für entsprechende Unterrichtsmethoden sind Rollenspiele, Fallbeispiele aus dem Umfeld der Kinder und Jugendlichen und die Beschäftigung mit den konkreten Schicksalen von Menschen zu nennen.

Ich begrüße den Beschluß der Kultusministerkonferenz zu Toleranz und Solidarität der als unterstützende Maßnahmen vorschlägt:

- Klassen- und Schulfeste mit besonderem Schwerpunkte auf der Kultur ausländischer Mitschüler,
- Partnerschaften und Brieffreundschaften mit ausländischen Schulen und Schülern,

- schulische Nachbarschaftshilfe für ausländische Mitbürger,
- Besuche in Asylbewerberheimen,
- Auszeichnung von Schülern und Klassen, die sich besonders um Toleranz und Solidarität bemühen.

Die Bedeutung und Funktion der Schule für unsere Gesellschaft wird, daß haben auch die Ereignisse der letzten Monate gezeigt, in Zukunft noch erheblich wachsen. Daraus muß auch die Politik für ihre Prioritäten die Konsequenz ziehen. Die Schule darf mit ihrer wachsenden Verantwortung vom Staat und von den Kommunen nicht allein gelassen werden. Auch die Eltern werden der Schule mehr als bisher helfen müssen, wenn sie sich stärker erzieherisch und über den eigentlichen Lernstoff hinaus in der Erziehung engagiert.

(-/26. November 1992/rs/ks)

Zerstörung der Ozonschicht nicht gebannt
Zu den Entscheidungen der UN-Ozonkonferenz in Kopenhagen

**Von Marion Caspers Merck MdB und
Michael Müller MdB
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die Zerstörung der Ozonschicht ist vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache dramatisch, daß sich das Schadenspotential aufgrund der Trägheit im Aufstieg der FCKW und Halone langsam aufbaut. Diese Stoffe erreichen erst nach rund 15 Jahren die Stratosphäre, in der die Ozonschicht angesiedelt ist. Das bedeutet: Der Höhepunkt der Ozonzerstörung wird erst nach der Jahrtausendwende erreicht werden. Die bisherigen nationalen und internationalen Maßnahmen sind aus diesem und weiteren Gründen halbherzig und unverantwortlich.

1. Der Ausstieg erfolgt zu langsam und umfaßt bislang nur fünf FCKW und drei Halone. Andere ozonzerstörende Chemikalien sind bislang nicht oder nur unzureichend geregelt, obwohl sie in der Regel auch eine hohe Schädigung des Klimasystems aufweisen. Es ist ein Skandal, daß auch die Bundesregierung auf absehbare Zeit an einer Strategie der Ersatzstoffe festhält, die zwar ein deutlich geringeres Zerstörungspotential haben, aber dennoch nur eine Verlangsamung bewirken und das Klima unverändert schädigen.
2. Besonders alarmierend ist der stetige Anstieg der Chlorkonzentration in der Atmosphäre. Chlor ist der Stoff, der in besonderer Weise an den Schädigungen der Atmosphäre beteiligt ist. Diese Konzentration steigt vor allem über der nördlichen Erdhalbkugel an und hat sich allein in den letzten zehn Jahren um 50 Prozent erhöht. Gleichzeitig nimmt die Temperatur in höheren Luftschichten ab, weil es dort durch die Veränderungen im Treibhauseffekt, anders als in der Luft an der Erdoberfläche, wo sie sich aufheizt, kühler wird.
3. Dadurch baut sich ein kritisches Potential auf, denn die chemischen Prozesse, die den Ozonabbau bewirken, sind temperaturabhängig, wobei die kritische Grenze bei etwa minus 70 Grad liegt. Diese Temperaturen werden bislang über der nördlichen Hemisphäre nicht gemessen, aber in den letzten Jahrzehnten haben sich hier die Werte um rund 20 Celsius abgekühlt. Hier baut sich eine sehr kritische Entwicklung auf.

Die SPD fordert deshalb die Bundesregierung auf, eine Chlorbilanz der Atmosphäre vorzulegen, wie dies der Bundestag seit März 1990 fordert. Die entscheidende Aufgabe zum Schutz der Atmosphäre, sowohl zur Bewahrung der Ozonschicht wie des Klimasystems, stellt sich sehr viel umfangreicher, als sie bisher angegangen wird. Das Ziel muß die schnelle Verringerung des Chloreinsatzes sein. Deshalb muß national und international die Frage der Umrüstung der Chlorchemie endlich auf die Tagesordnung gesetzt und zum Gegenstand internationaler Verträge gemacht werden.

(-/26. November 1992/rs/ks)

Koko-Kontakte zu Waffenhändlern aufhellen
Zum Auftrag des Untersuchungsausschuß "Kommerzielle Koordinierung"

Von Volker Neumann MdB
Mitglied im Untersuchungsausschuß Kommerzielle Koordinierung des Deutschen Bundestages

Die Mitarbeiter der KoKo-Waffenfirmen Imes und Witra verhandelten mit der Elite des internationalen Waffenhandels: von Kashoggi bis Schulz, von Pollmann bis Al-Khasser, von den Anfängen des Handels mit dem Iran über Tabatabaee ganz zu schweigen. Keiner dieser Männer kann und konnte ohne Duldung der jeweiligen Geheimdienste arbeiten. Der Untersuchungsausschuß "Kommerzielle Koordinierung" hat bei den Ermittlungen der Waffengeschäfte der DDR die seltene Chance, im Rahmen der parlamentarischen Arbeit ein wenig Licht in die internationalen Verbindungen zwischen Händlern und Geheimdiensten zu bringen.

Es deuten sich weiterhin auch Verbindungslinien zu Drogenhändlern und Geldwäschern an, welche die Devisenknappheit der DDR nutzten, um diese in ihre Geschäfte einzuspannen. Daß die Verflechtung von Teilen des Koko-Bereiches mit den auch heute noch agierenden Personen der Waffen- und Geldwaschmafia gänzlich bekannt werden könne, versetzt einige Zeugen im Untersuchungsausschuß - ob sie es aussprechen oder nicht - in Angst.

Zwar hat der Untersuchungsausschuß weder den speziellen Auftrag noch die Möglichkeit, den internationalen Waffenhandel und seine "Begleitung" durch Geheimdienste zu untersuchen, er kann jedoch zumindestens den Beitrag des Schalck-Imperiums und den MfS offenlegen und, soweit Personen in diesem Bereich weiterhin tätig sind, diese namhaft machen.

Auch Schalck-Golodkowski wird sich noch die Frage stellen lassen müssen, wie wohl zu deuten ist, daß er im Beisein seiner Waffenhändler von der Imes und Witra vor den übrigen KoKo-Mitarbeitern sagte: "Leute bleibt sauber, keine Drogen und keine Waffengeschäfte."

(-/26. November 1992/rs/fr)
